

# Sie haben die Wahl!

Im September werden die politischen Weichen gestellt. Parteiprogramme sollen den Wählern bei der Entscheidung helfen, wem sie ihre Stimme geben.



**D**er Deutsche Familienverband hat die Wahlprogramme der fünf im Bundestag vertretenen Parteien unter die Lupe genommen und in punkto Familiengerechtigkeit auf den Prüfstand gestellt. Was macht eine nachhaltige Familienpolitik eigentlich aus? Der DFV prüft an vier zentralen Anforderungen, welchen Stellenwert Familien tatsächlich für die Parteien haben:

- Jede Familie muss die Möglichkeit haben, für die eigene Existenz zu sorgen.
- Steuern und Abgaben dürfen das selbst erwirtschaftete Existenzminimum der Familie nicht anrühren.
- Familien, die das Existenzminimum

ihrer Kinder nicht erwirtschaften können, müssen unterstützt werden.

- Familien brauchen Wahlfreiheit: Gute Betreuungseinrichtungen UND eine gute finanzielle Unterstützung elterlicher Erziehungsarbeit.

Wir fragen konkret: Stehen die Familien ganz oben auf der Liste der Parteien? Wollen die Parteien die Gerechtigkeitslücken für Familien bei Rente, Pflege und Krankenversicherung schließen? Was soll mit dem Ehegattensplitting passieren und dürfen Kosten rund um die Familie weiter ungebremst steigen? Geht es den Parteien eher um eine arbeitsplatzgerechte Familie oder eine familiengerechte Arbeitswelt?

Unser Fazit: Konsequenter familienorientierte Perspektiven stellt keine Partei in Aussicht. Von einem Solidarpakt für Familien sind wir noch weit entfernt, Vieles bleibt wenig verbindlich. Auf den folgenden Seiten finden Sie auf einen – natürlich nur skizzenhaften – Blick die wichtigsten Ergebnisse unserer Wahlprüfsteine. Ausführlich diskutiert stehen sie unter [www.deutscher-familienverband.de/Fachinformationen](http://www.deutscher-familienverband.de/Fachinformationen).



## 1. PRIORITÄT FÜR FAMILIEN?

Der DFV fordert konkrete familienpolitische Fortschritte und tritt unter anderem für ein Familienwahlrecht, einen Familien-TÜV für Gesetze und die Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Umsetzung einer verfassungsfesten Familienpolitik ein. Auf allen politischen Ebenen müssen Familien bei Entscheidungen, die ihren Lebensalltag betreffen, das gleiche Mitspracherecht haben wie Wirtschaft und Gewerkschaften. Finden sich in den Programmen klare Instrumente, um Familiengerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu verankern?



Die Union will die Familienförderung zu einem Schwerpunkt ihrer Politik machen und bekennt sich zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie. Mit einer besseren steuerlichen Berücksichtigung von Kindern, einem Ausbau der Familienförderung und mehr Zeit sollen Familien gestärkt werden. Die Union verspricht Familien Wahlfreiheit bei der Gestaltung ihrer familiären Lebenssituation und der Betreuung ihrer Kinder. Die Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze hat es nicht ins Wahlprogramm geschafft.



Die SPD setzt in der Familienpolitik vor allem auf Gleichberechtigung von Frau und Mann. Regelungen für Alleinverdiener-Familien im Steuer- und Sozialrecht sollen gestrichen werden. Das Betreuungsgeld soll zugunsten von Betreuungsangeboten abgeschafft werden. Die Ehe wird für gleichgeschlechtliche Lebenspartner geöffnet, die auch im Steuer- und Adoptionsrecht gleichgestellt werden, das Gleichheitsrecht in Art. 3



Die FDP favorisiert die gleichwertige Anerkennung aller Formen von Lebens- und Verantwortungsgemeinschaften. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sollen der Ehe gleichgestellt werden. Auch Verantwortungsgemeinschaften von zwei und mehr Personen jenseits von Verwandtschafts- oder Liebesbeziehungen sollen stärker berücksichtigt und als neues Rechtsinstitut im BGB verankert werden. Die elterliche Erziehungsverantwortung wird anerkannt, die Erziehungsleistung soll bei der Messung des gesellschaftlichen Wohlstands und im Steuerrecht besser berücksichtigt werden. Eine arbeitszeitgerechte Kinderbetreuung soll der Fachkräftesicherung dienen. Höchste Priorität hat der Schuldenabbau. Alle familienpolitischen Leistungen kommen dafür auf den Prüfstand.



Gleichstellung und ein breites Familienbild stehen im Vordergrund. Für gleichgeschlechtliche Paare wollen die Grünen die Ehe öffnen. Alle gelebten Familienmodelle sollen unter den Schutz von Artikel 6/Grund-

gesetz gestellt werden. Im Familienrecht ist geplant, ein neues Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung zu schaffen, das die Beziehungen der Kinder zu ihren sozialen Eltern vor allem in Patchwork- und Regenbogenfamilien stärkt. Ziel ist auch, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Die Grünen stehen für die Abschaffung des Betreuungsgeldes, den Ausbau der Kinderbetreuung, Vollzeitwerbstätigkeit und individuelle soziale Absicherung.

## DIE LINKE.

Im Vordergrund steht die Umverteilung von Oben nach Unten, aber auch von Privat zu Öffentlich. Zur Finanzierung von staatlichen Solidarsystemen und einer guten Infrastruktur sind umfangreiche Steuererhöhungen geplant. Bei der Kinderbetreuung setzt die Linke auf die Förderung von Institutionen. Familienspezifische Aussagen finden sich nur als Untertziffer in einem Kapitel. Familie wird umrissen als Ort, wo Menschen jeder sexuellen Orientierung Verantwortung füreinander übernehmen. Homosexuelle Lebensgemeinschaften sollen mit der Ehe gleichgestellt werden. Eine Grundversicherung und die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz sollen Kinder unabhängig von den Eltern stärken.

### 2. MEHR FAMILIENGERECHTIGKEIT IN DEN SOZIALVERSICHERUNGEN?

Generationenverträge bauen auf Familien. Hier wachsen Beitragszahler und „helfende Hände“ der Zukunft heran. Trotz klarer Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden Familien aber be-



nachteiligt, wird ihre Erziehungsleistung nicht gerecht anerkannt. Der DFV fordert einen Kinderfreibetrag in allen Sozialversicherungen, mit dem zumindest das Existenzminimum von Kindern freigestellt wird. In der Rente muss Kindererziehung als gleichwertiger Beitrag anerkannt werden und zu einem Rentenplus führen. In der Pflege geht es um den wirklichen Vorrang der häuslichen Pflege und höheres Pflegegeld. In der Krankenversicherung müssen Familien vor schleichenden Leistungskürzungen und heimlicher Privatisierung von Kosten geschützt werden.



**Rente:** Für Niedrigrentner, die 40 Jahre versichert sind und privat vorgesorgt haben, soll die Rente auf 850 Euro aufgestockt werden. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben, soll stärker anerkannt werden. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird auf zwei Jahre angehoben.

**Pflege und GKV:** Zur Unterstützung der häuslichen Pflege werden Beratungs- und Infrastrukturangebote, neue Wohnformen und



die Vernetzung von Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und professionellen Dienstleistungen versprochen. Höheres Pflegegeld für häusliche Pflege ist nicht geplant. Der Pflegebeitrag soll erhöht und die private Pflege-Zusatzversicherung gefördert werden. In der Krankenversicherung wird am bisherigen System festgehalten.

**Abgabengerechtigkeit:** Keine Beitragsentlastungen durch einen Kinderfreibetrag oder Bonus in der Sozialversicherung. Auch bei den Zusatzbeiträgen gibt es – über eine nicht familienspezifische Sozialklausel hinaus – keine Familienentlastung.



**Rente:** Geplant ist eine Solidarrente in Höhe von 850 Euro für Versicherte, die mindestens 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahre aufweisen – finanziert aus Steuermitteln. Berücksichtigungszeiten für Kindererziehung sollen „in angemessenem Umfang“ auf Eltern ausgedehnt werden, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben.

**Pflege und GKV:** Ein höheres Pflegegeld wird es nicht geben. Die zehntägige Pflegezeit soll mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden. Für längere Pflege soll eine flexible Pflegezeit mit Lohnfort-

zahlung und Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr eingeführt werden. In der Pflege- und Krankenversicherung ist eine Bürgerversicherung geplant, in die alle Erwerbstätigen unabhängig von Einkommen, Lebenslage und Erwerbsstatus verbindlich einbezogen werden. Für Familien ist unter anderem entscheidend, ob die Familienmitversicherung erhalten bleibt.

**Abgabengerechtigkeit:** Kinderfreibeträge bei der Beitragsberechnung sind weder in der Rente noch in der neuen Bürgerversicherung vorgesehen.



**Rente:** Die FDP setzt auf mehr private kapitalgedeckte Vorsorge. Eine bessere Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht lehnt sie ab. Sie setzt sich für eine rein beitragsbezogene Rente ein.

**Pflege und GKV:** In der Pflege setzen die Liberalen auf eine stärkere Privatvorsorge. Ambulante Pflegedienste sollen gestärkt und alternative Pflegeformen ausgebaut werden. Höheres Pflegegeld für die häusliche Pflege oder eine Lohnfortzahlung für Pflegezeiten sind nicht vorgesehen. Auch in der GKV plädiert die FDP für mehr private Vorsorge. Das Instrument der Zusatzbeiträge soll stärker genutzt werden.

**Abgabengerechtigkeit:** Eine kinderzahlabhängige Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei den Sozialbeiträgen oder der teuren privaten Zusatzvorsorge ist nicht geplant.



**Rente:**

Die Grünen wollen eine Garantierente von

mindestens 850 Euro für Neurentner, die langjährig Mitglied in der Gesetzlichen Rentenversicherung waren und 30 Jahre Teil- oder Vollzeit gearbeitet oder Kinder erzogen haben. Bis zu 10 Jahre für Kinderbetreuung sollen berücksichtigt werden, aber nur bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung. Ehe- und eingetragene Lebenspartner bekommen über ein verpflichtendes Rentensplitting Ansprüche von ihrem Gatten/Partner zugesplittet. Die Witwenrente wird abgeschmolzen.

**Pflege und GKV:** Vorgesehen ist der Ausbau von ambulanten Pflege- und Unterstützungsangeboten und hausnahen Dienstleistungen – ein höheres Pflegegeld für die häusliche Pflege

dagegen nicht. Pflege- und Krankenversicherung sollen zu einer Bürgerversicherung umgestaltet werden. Für Familien kann das teuer werden, denn gleichzeitig wird die Familienmitversicherung für Ehepartner abgeschafft. Kinder werden mitversichert, zeitlich begrenzt auch Ehe- und Lebenspartner, die nicht erwerbstätig sind und Kinder erziehen oder pflegen.

**Abgabengerechtigkeit:** Kinderfreibeträge sieht das grüne Konzept in GKV, Pflege und Rentenversicherung nicht vor.

**DIE LINKE.** Rente: Die Linke fordert eine steuerfinanzierte Mindestrente von 1.050 Euro netto. Die Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die alle Erwerbseinkommen und alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige, Beamte und Politiker, einbezogen werden. Die Eckpunkte einer „guten Rente“ sollen im Grundgesetz verankert werden.

**Pflege und GKV:** Die häusliche Pflege in der Familie soll nicht mehr vorrangig gefördert werden. Stattdessen wird die Wahl zwischen ambulanten, teilstationären oder stationären Pflegeleistungen erleichtert. Für Pflege- und Krankenversicherung wird die Einführung einer Bürgerversicherung gefordert, in die alle Bürger ohne Beitragsbemessungsgrenze einbezogen werden. Die geförderte private Pflegezusatz-

versicherung soll gestoppt und in der GKV alle Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Die Linke spricht sich generell für die Abschaffung abgeleiteter Absicherungen im Familienverbund aus. Für Familien kann das höhere Beiträge und die Abschaffung der Familienmitversicherung bedeuten.

**Abgabengerechtigkeit:** Einen Kinderfreibetrag für Sozialbeiträge auf das Familieneinkommen enthält das Programm nicht.

### 3. STEUERGERECHTIGKEIT UND FINANZIELLE SICHERHEIT

Der Staat darf nicht auf den verfassungsrechtlich bestätigten Selbstbehalt von Familien zugreifen. Das Existenzminimum von Kindern muss von Steuern freigestellt werden. Der DFV fordert, den steuerlichen Kinderfreibetrag auf derzeit 8130 Euro – die Höhe des Grundfreibetrages für Erwachsene – anzuheben. Zeitgleich muss das Kindergeld auf 330 Euro steigen. Echte Steuergerechtigkeit und ein besserer Familienlastenausgleich (FLA) sind dringend notwendig. Familien mit mehreren Kindern sind besonders von der Mehrwertsteuer & Co. betroffen. Verbrauchssteuern, die auf den Kindesunterhalt entfallen, müssen Familien deshalb rückerstattet werden. Steigende Mieten machen Familien zu schaffen.



**Steuer und FLA:** Die Union ist gegen Steuererhöhungen und will die sogenannte „kalte Progression“ abmildern. Das Ehegattensplitting soll beibehalten und um ein Familiensplitting ergänzt werden. Dafür will die Union den Kinderfreibetrag ab 2014 schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zugleich sollen auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag für Geringverdiener erhöht werden – unklar ist allerdings noch, wann und in welcher Höhe.

**Armutsbekämpfung:** Tarifpartner sollen gesetzlich verpflichtet werden, einen tariflichen Mindestlohn festzulegen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

**Wohnkosten:** Wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, sollen Mieterhöhungen bei der Wiedervermietung begrenzt werden. Angestrebt wird eine bessere Wohneigentumsförderung für Familien.



#### Steuer und FLA:

Die SPD hat Steuererhöhungen ab einem Einkommen von 64.000 Euro (128.000 Euro für Ehegatten und Lebenspartner) angekündigt. Der Spitzensteuersatz soll auf 49% erhöht werden. Den FLA will die SPD zu einem einkommensabhängigen Kindergeld umbauen. Für die Finanzierung des neuen Kindergeldes sollen alle Familienleistungen überprüft werden. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Per Stichtag soll stattdessen für künftige Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften ein Partnerschaftstarif gelten, bei dem Partner individuell besteuert und nur gegenseitige Unterhaltspflichten berücksichtigt werden.

**Armutsbekämpfung:** Für einkommensschwache Familien wird der Kinderregelsatz in Hartz IV erhöht. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde soll eingeführt werden.

**Wohnkosten:** Der Anstieg der Mieten soll per Mietpreisbremse begrenzt werden.



#### Steuer und FLA:

Die FDP wehrt sich gegen Steuererhöhungen und setzt auf die Bekämpfung der „kalten Progression“ durch regelmäßige Anpassungen des Einkommensteuertarifs. Plus für Familien: Der Kinderfreibetrag soll schrittweise auf die Höhe der Freibe-

träge für Erwachsene steigen. Minus: Das Kindergeld soll nicht mitziehen, außerdem kündigen die Liberalen eine Überprüfung und Neuordnung aller familienpolitischen Leistungen an. Das Ehegattensplitting soll auf gleichgeschlechtliche Lebenspartner ausgedehnt werden.

**Armutsbekämpfung:** Einen gesetzlichen Mindestlohn lehnt die FDP ab. Dass viele erwerbstätige Aufstocker nur deshalb Hartz IV bekommen, weil die Leistungen für Kinder zu niedrig sind, soll über ein neues Bürgergeld für Bedürftige gelöst werden.

**Wohnkosten:** Gesetzliche Mietbremsen lehnen die Liberalen ab. Sie setzen auf mehr Investitionen im Wohnungsbau.



**Steuer und FLA:** Die Grünen wollen deutliche

Steuererhöhungen. Der Spitzensteuersatz soll schon bei einem Einkommen von 60.000 Euro (120.000 Euro bei Paaren) auf 45% steigen. Gleichzeitig wird der Grundfreibetrag auf 8.700 Euro angehoben. Das Ehegattensplitting soll abgeschafft und durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzt werden. Perspektivisch ist eine Kindergrundsicherung geplant. Wie sich das für Familien rechnet, ist noch offen, da keine Zahlen genannt werden.

**Armutsbekämpfung:** Für bedürftige Familien soll der Kinderregel-

satz erhöht, 2014 neu berechnet und um Ausgaben für gesellschaftliche Teilhabe ergänzt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro soll eingeführt werden.

**Wohnkosten:** Die Grünen fordern eine Mietpreiskontrolle bei Wiedervermietungen und in laufenden Verträgen. Teurer könnte das Wohnen trotzdem werden, weil bei der Grundsteuer ein größerer Spielraum nach oben geplant ist.



**DIE LINKE.**

**Steuer und FLA:** Mit den schärfsten Steuererhöhungen treten die Linken an. Der Spitzen-

steuersatz soll von 42 auf 53 Prozent erhöht werden und bereits für Einkommen ab 65.000/130.000 Euro gelten. Der Grundfreibetrag wird auf 9.300 Euro erhöht. Gefordert wird die Abschaffung des Ehegattensplittings – auch für bestehende Ehen. Das Kindergeld für die ersten zwei Kinder soll auf 200 Euro erhöht werden, für weitere Kinder entsprechend gestaffelt. Unterstützt wird das Modell einer Kindergrundsicherung, das sich am verfassungsrechtlichen Existenzminimum von Kindern ausrichtet. Familien finanzieren das Modell allerdings selbst: Über 80 Prozent der erforderlichen Mittel sollen zum Beispiel durch die Abschaffung des Ehegattensplittings, den Wegfall des Kindergeldes, des Kinderfreibetrages und aller kindbezogenen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten finanziert werden.

**Armutsbekämpfung:** Für Niedrigeinkommen wird das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöht, die Hartz-IV-Sätze für Kinder sollen neu berechnet und erhöht werden. Gefordert wird ein Mindestlohn von 10 Euro/Stunde.

**Wohnkosten:** Mietsteigerungen ohne Wohnwertverbesserungen sollen ausgeschlossen werden. ■